

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 21 90 38/39
Telex: 8 86 846 ppbn d



Inhalt

Florian Gerster MdB skizziert Erwartungen an den neuen Verteidigungsminister: Rupert Scholz tritt ein schwieriges Erbe an.

Seite 1

Dr. Dietrich Sperling MdB zur politischen Bankrotterklärung des Wohnungsbauministers: Oskar Schneider am Ende.

Seite 3

Dokumentation:

Der SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel hat am 12. Mai in Moskau einen Vortrag gehalten, den wir in zwei Teilen veröffentlichen. Teil I

Seite 4

43. Jahrgang / 91

13. Mai 1988

Erwartungen an den neuen Verteidigungsminister

Rupert Scholz tritt ein schwieriges Erbe an

Von Florian Gerster MdB

Professor Rupert Scholz übernimmt ein schwieriges Erbe zu einem schwierigen Zeitpunkt. Daß er bisher nicht in der Verteidigungspolitik tätig war, wird ihm die Einarbeitung in ein auch für den Fachmann kaum überschaubares Ressort erschweren. Andererseits hat er die Chance, sich gegenüber Experten und angeblichen Sachzwängen ein unabhängiges Urteil und die Fähigkeit des Querdenkens zu bewahren. Ob er dazu in der Lage ist, werden wir sehen.

Der Zeitpunkt des Staffettenwechsels ist für diesen Nachfolger so ungünstig wie für wenige seiner Vorgänger. Die wichtigsten Gründe:

1. Die Bundeswehrplanung. Finanzplanung und Rüstungsplanung für die 90er Jahre, klaffen weit auseinander. Panzerabwehrhubschrauber 2 und Jäger 90 verbrauchen die Haushaltsmittel des Einzelplans 14 in den nächsten Jahren in atemberaubender Höhe, so daß der Kollaps schon heute vorhersehbar ist. Heeresstruktur 2000 und die neue Reservistenkonzeption sind halbherzige Ansätze zu einer Reform, die an ihren eigenen Begrenzungen leidet. Beispiel: 456.000 präsenzte Soldaten als angebliches „Operatives Minimum“.
2. Die Motivation der Soldaten. Überhöhte Dienstzeitbelastung, Versetzungshäufigkeit und menschliche Kühle belasten den Truppenalltag und mindern die Arbeitszufriedenheit. Der Grundwehrdienst wird auf 18 Monate erhöht, während die Mehrzahl der Soldaten nach ihrem Ausscheiden die Sinnhaftigkeit ihres Wehrdienstes nach wie vor kritischer beurteilt als bei Dienstantritt. Die Verweigererzahlen steigen weit über die der Personalplanung zugrunde gelegten zehn Prozent eines Jahrganges, die Bereitschaft zur Weiterverpflichtung ist trotz hoher Arbeitslosigkeit unzureichend.
3. Die Akzeptanz der Sicherheitspolitik. Markige Beschwörungen unveränderter östlicher Bedrohung ändern nichts an der Einsicht weiter Bevölkerungskreise in die Notwendigkeit einer Kurskorrektur der Grundlagen und Mittel unserer Verteidigung. Auch konservative Politiker wagen nicht mehr, die Existenz

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Veröffentlicht im Auftrag
des demokratischen Kampfbundes
Kampfbund für Demokratie



von rund 4.000 atomaren Kurzstreckenwaffen auf deutschem Boden für unverzichtbar zu erklären. Atomarer Ersteinsatz im Verteidigungsfall als Ausgleich für konventionelles Ungleichgewicht ist nicht mehr vermittelbar. Das Maß an Verteidigungslasten - Tiefflug, Manöver, militärische Infrastruktur - wird 43 Jahre nach Ende des 2. Weltkrieges von der bundesdeutschen Bevölkerung nicht mehr klaglos als „Preis der Freiheit“ hingenommen. Wachsender Dissens zwischen den europäischen und amerikanischen Bündnispartnern in strategischen Fragen kann nicht länger geleugnet werden.

Der neue Chef der Hardthöhe könnte durch wenige mutige Schritte zu Beginn seiner Amtszeit Freunde und Gegner verblüffen und Handlungsspielraum für die nächsten Jahre gewinnen. Wenn er wirklich das volle Vertrauen des Kanzlers hat, und wenn er nicht durch den Versuch der Fortschreibung des Status Quo in wenigen Jahren sein Scheitern eingestehen will, sollte er sich Entscheidungsfreiheit auch durch Verletzung von Tabus konservativer Verteidigungspolitik erkämpfen:

1. „Operatives Minimum“: Einem Befreiungsschlag gleich käme der Verzicht auf eine Bundeswehrstärke in der Planung, die in den 90er Jahren mit Sicherheit nicht erreichbar sein wird. Die Bundeswehrpräsenz wird sich bei 400.000 Soldaten einpendeln. Dies jetzt bereits zu sagen, macht auch den notwendigen Abstimmungsprozeß im Bündnis einfacher.
2. Überprüfung der Rüstungsplanung. Stop von Großprojekten, soweit möglich. Suche nach kostengünstigeren Alternativen. Veränderung von Prioritäten: Höherbewertung von abrüstungsfreundlichen, defensiv orientierten, konventionellen Systemen.
3. Einführung einer gesetzlichen Dienstgestaltung für Soldaten im Grundwehrdienst und Reservisten.
5. Drastische Reduzierung der Umweltbelastung und Gefährdung durch militärischen Tiefflug: deutliche Anhebung der Mindestflughöhe und Verminderung des Tiefflugaufkommens.
6. Entwicklung eines zukunftsweisenden Programms für die Sicherheit Europas unter den europäischen NATO-Mitgliedern. Öffnung der deutsch-französischen Verteidigungskooperation für weitere europäische Partner.

Die Wahrscheinlichkeit des Scheiterns des Verteidigungsministers Rupert Scholz ist angesichts der übernommenen Erblast größer als die strahlender Erfolge. Im Interesse unserer Sicherheit, der Bundeswehr und der nächsten sozialdemokratischen Bundesregierung ist ihm jedoch mehr Erfolg zu wünschen, als fast alle ihm zutrauen. (-/13.5.1988/vo-he/rs)

Oskar Schneider am Ende

Zur politischen Bankrotterklärung des Wohnungsbauministers

Von Dr. Dietrich Sperling MdB

Es gibt derzeit zwei große wohnungspolitische Themen. Das eine ist die von dieser Bundesregierung beigegeführte Debatte über die Zukunft der gemeinnützigen Wohnungswirtschaft, die Finanzminister Stoltenberg in Frage stellt.

Das zweite Thema sind die wieder verstärkt und heftig auftretenden Wohnungsengpässe in den Großstädten.

Zu beiden Themen hat der zuständige Minister, Oskar Schneider, in der letzten Woche in einem Stern-Interview Stellung genommen.

Zur Wohnungsgemeinnützigkeit hat er erklärt:

„Ich war für die Beibehaltung der Wohnungsgemeinnützigkeit, ich war für die Fortdauer der Steuerfreiheit, weil ich diese Frage niemals unter fiskalischen, finanzpolitischen Aspekten gesehen habe. Aber ich konnte mich in dieser Sache in der Koalition nicht durchsetzen.“

Zu den neuen Wohnungsproblemen und den neuerdings festgestellten, eklatanten Mietsteigerungen hat er erklärt:

„Der Bund hat sich seit 1986, als wir auf dem Wohnungsmarkt eine allgemeine, bundesweite Sättigung erreicht hatten, aus der Förderung des sozialen Mietwohnungsbaues zurückgezogen.“

Und eine Seite weiter im Interview:

„Ich bestreite gar nicht, daß wir die Neubauleistungen in bestimmten Regionalräumen verstärken müssen. Ich trete auch dafür ein, daß der soziale Wohnungsbau nicht nur fortgeführt, sondern gesteigert wird. Hier sind die Länder und Gemeinden wesentlich gefordert.“

Diese wenigen Sätze sind eine politische Bankrotterklärung.

(-/13.5.1988/vo-he/rs)

* * *

DOKUMENTATION

Dr. Hans-Jochen Vogel: Europa braucht eine neue Form des Pluralismus und der Toleranz (Teil I)

Der SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende Hans-Jochen Vogel hat vor dem Institut für Weltwirtschaftliche und Internationale Beziehungen (IMEMO) der Akademie der Wissenschaften in der UdSSR am 12. Mai einen Vortrag gehalten, den wir in zwei Teilen veröffentlichen.

I.

Seit meinem letzten Besuch in Moskau im Jahre 1984 hat in der Sowjetunion ein tiefgreifender Prozeß der Erneuerung und Umgestaltung begonnen. Für ihn hat sich auch in unserem Sprachgebrauch das russische Wort „Perestrojka“ eingebürgert. Meine Partei und viele Menschen in der Bundesrepublik verfolgen diesen Prozeß mit Interesse und mit Sympathie. Wir wünschen, daß diese Politik Erfolg hat, weil sie den Menschen in der Sowjetunion nützt. Wir sind aber auch davon überzeugt, daß ihr Erfolg auch in unserem Interesse, ja im europäischen Interesse und im Interesse aller Völker liegt.

Die Politik der Perestrojka verbindet sich mit dem Bestreben nach „Glasnost“ und sie spricht auch von „Demokratisierung“. In der Außenpolitik bestärkt sie die Einsicht in die wechselseitige Interdependenz von Ost und West, von Industriestaaten und Entwicklungsländern, und in die Interdependenz der Menschheit schlechthin. Sie hat die Sowjetunion zu einer Bejahung umfassender Verifikationsmaßnahmen in Abrüstungsvereinbarungen geführt, aber auch zu einer positiveren Einschätzung der eigenständigen Interessen und Ziele der kleineren und mittelgroßen Staaten in Europa.

Wer die Globalität vieler Probleme erkennt, wer von Menschheitsaufgaben spricht, muß sie durch Zusammenarbeit und friedlichen Interessenausgleich zu lösen versuchen. Das Gemeinsame Haus Europa wird nur wohnlich, wenn die kulturelle, politische und wirtschaftliche Vielfalt aller seiner Bewohner respektiert wird und die Treppenhäuser und Flure den wechselseitigen Zugang für alle Bewohner erlauben.

Europa braucht eine neue Form des Pluralismus und der Toleranz. Diese Toleranz setzt nicht auf gesellschaftspolitische Gleichgültigkeit oder Apathie, sondern auf jene Treue zu den eigenen Prinzipien, die auf Dogmatismus und Feindbilder verzichtet. Um eine friedliche und lebenswerte Zukunft aller Staaten und Völker Europas gestalten zu können, muß innerhalb jedes Systems die offene Diskussion über Erfolge und Mißerfolge, Vorzüge und Nachteile möglich sein.

Der Stalinismus und die Konzepte, mit denen der Westen darauf antwortete, waren Konzepte des Antagonismus, nicht des Pluralismus. Gesellschaftspolitische Toleranz war diesen Konzepten fremd. Toleranz wurde damals als Zeichen der Schwäche empfunden. Dabei ist Toleranz und die aus ihr fließende Gelassenheit in Wahrheit ein Zeichen von Selbstbewußtsein und Stärke.

Europa muß jetzt die neue dynamische Form des Pluralismus lernen, nachdem es sich jahrzehntelang an den Status quo des Antagonismus gewöhnt hatte. Dem Abbau der Feindbilder und der Antagonismen zwischen den Blöcken muß der friedliche Wettstreit der Systeme folgen.

Wir wollen einen Wettbewerb zwischen den Systemen, der die bisher beengte innere Dynamik der beiden Systeme von dogmatischen Fesseln befreit und schöpferische Reformkräfte innerhalb beider Gesellschaften freisetzt. Wir wollen auf diesem Wege eine qualitative Verbesserung beider Systeme durch Reformen erreichen. Dieser konstruktive Wettbewerb ist auch das Ziel des zwischen SPD und SED vereinbarten Papiers über den „Streit der Ideologien und die gemeinsame Sicherheit“.

Das Ja zum Prinzip der Interdependenz ist nicht gleichbedeutend mit einem Ja zur Theorie der gesellschaftspolitischen Konvergenz der Systeme. Europa muß den Pluralismus unterschiedlicher Systeme akzeptieren und nutzen lernen. Ein derartiger Pluralismus kann zu einem friedens- und gesellschaftspolitisch schöpferischen Element einer künftigen europäischen Verfassungswirklichkeit werden. Mit der KSZE-Schlußakte hat Europa bereits wichtige Elemente seiner Verfassung und einer zukünftigen Friedensordnung formuliert. Entspannung ist der reformerische Weg zur Vollendung dieser Friedensordnung.

Auch in gesellschaftspolitischer Hinsicht bedarf die dogmatische Polemik zwischen den Systemen der Korrektur anhand der Realität. Der Kapitalismus hat sich gegenüber den sozialen Forderungen der Arbeiterbewegung und bei der Integration der von ihr erkämpften Errungenschaften viel flexibler gezeigt, als das die meisten seiner marxistischen Kritiker vorhersahen. Umgekehrt könnte sich der Sozialismus der osteuropäischen Staaten auf Dauer gegenüber Demokratisierungstendenzen als wesentlich flexibler erweisen, als viele Kritiker des Marxismus-Leninismus bisher vermuteten. Es gibt inzwischen nicht mehr nur eine Spielart des real existierenden Sozialismus, sondern eine breiter werdende Facette unterschiedlicher Sozialismen. Dem entspricht die breite Facette unterschiedlicher kapitalistischer Ordnungen, die von Militärdiktaturen südamerikanischer Provenienz bis hin zur hochentwickelten Demokratie des Königreichs Schweden reicht.

Auch in einer umfassenden Europäischen Friedensordnung wird es noch unterschiedliche gesellschaftspolitische Zielsetzungen und miteinander konkurrierende Gesellschaftsordnungen geben. Aber Unterschiede und Konkurrenz werden sich mit systemübergreifenden Gemeinsamkeiten verbinden. Neue Fragen drängen nach vorne, die die bisherigen Ideologien nicht mehr zureichend zu beantworten vermögen. Der Streit zwischen diesen Ideologien wird nicht abgeschafft, aber er wird durch neue Probleme und Lösungsansätze überwölbt. Der Antagonismus zwischen den Systemen wird nicht mit dem Sieg eines der beiden Systeme und auch nicht mit der Konvergenz der Systeme enden. Aber aus dem bisherigen Antagonismus kann ein qualitativ neuer Pluralismus zwischen den unterschiedlichen gesellschaftlichen Systemen hervorgehen.

II.

Wer dereinst die Spaltung Europas überwinden will, muß schon heute zwischen Ost und West neue Brücken errichten. Stabilität ist in den Ost-West-Beziehungen nicht nur ein politisches Mittel, sondern auch ein politisches Ziel. Stabilität ist Vorbedingung für friedlichen Wandel. Brücken müssen stabil sein, damit sie ohne Risiko begangen werden können. Stabile Beziehungen können durch ihre Intensität und Dauer die Qualität der Beziehungen verbessern und wechselseitig zum Abbau von Bedrohungsvorstellungen und von Feindbildern beitragen. Eine Politik des Interessenausgleiches verlangt ein Maximum an politischer, ökonomischer, wissenschaftlich-technischer und kultureller Kooperation und jenes Minimum an militärischem Potential, das eine ausreichende Verteidigungsfähigkeit gewährleistet. Quantität kann gerade hier in Qualität umschlagen.

Solange es keine gewaltfreie Friedensordnung gibt, bedarf die Friedenspolitik des Rückhaltes einer auch militärisch abgestützten Sicherheitspolitik. Einer Sicherheitspolitik, die sich an den von uns entwickelten Prinzipien der Verantwortungsgemeinschaft, der Hinlänglichkeit und der Angriffsunfähigkeit orientiert.

Die SPD bekennt sich zur Mitgliedschaft in der NATO. Wir halten unsere Mitgliedschaft in der NATO schon um der sicherheitspolitischen Stabilität in Europa willen weiterhin für erforderlich. Unter den gegenwärtigen sicherheitspolitischen Bedingungen in Europa vermag nur eine Mitgliedschaft in der NATO der Bundesrepublik Deutschland eine ausreichende Verteidigungsfähigkeit zu gewährleisten. Durch unsere Vorschläge versuchen wir gemeinsam mit anderen sozialdemokratischen Parteien die NATO insgesamt für eine zweite Phase der Entspannungspolitik zu gewinnen. Wir treten für eine Reform der Militärstrategien ein, die die ausreichende Verteidigungsfähigkeit beider Bündnisse erhält, sie aber strukturell zum Angriff - und zwar insbesondere zum Überraschungangriff und zur raumgreifenden Offensive - unfähig macht.

Die militärische Stabilität bei verringerter Inanspruchnahme der Vereinigten Staaten zu gewährleisten, ist die Aufgabe der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit Westeuropas. Sie kann gleichzeitig die politische Position Westeuropas gegenüber den Staaten Osteuropas verbessern und seine Selbstbehauptung gegenüber den Weltmächten steigern. Nach Auffassung der SPD soll die westeuropäische Zusammenarbeit auch zur Vertiefung der gesamteuropäischen Entspannungspolitik anregen. Das Nebeneinander von westeuropäischer Zusammenarbeit in der Europäischen Gemeinschaft und der Westeuropäischen Union einerseits und der KSZE andererseits zeigt, wie sich in der Außen- und Sicherheitspolitik der Prozeß der westeuropäischen Einigung mit gesamteuropäischen Perspektiven verbinden kann. Wir begrüßen, daß die Sowjetunion zunehmend eine konstruktive und positive Haltung zum Europarat, zur Europäischen Gemeinschaft und in Ansätzen auch zur Westeuropäischen Union erkennen läßt. Wir drängen umgekehrt unsererseits darauf, daß diese gesamteuropäischen Institutionen sich mehr als bisher auch zur gesamteuropäischen Zusammenarbeit öffnen.

III.

Europa steht vor dem Einstieg in die atomare Abrüstung. Die SPD hat das Zustandekommen des Abkommens über die beiderseitige weltweite Vernichtung aller landgestützten nuklearen Mittelstreckenwaffen der USA und der Sowjetunion von Anfang ohne Vorbehalte und ohne Einschränkungen unterstützt und seine Unterzeichnung als einen Sieg der Vernunft begrüßt, der Anlaß zu großer Hoffnung gibt, und zwar deshalb, weil damit die Dynamik der Aufrüstung an einer entscheidenden Stelle durchbrochen worden ist. Ich habe bereits im März in Washington den Männern gedankt, die an der Spitze der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion für dies Abkommen Verantwortung tragen. Dieser Dank, den ich hier wiederhole, gilt ebenso den politischen Kräften, die sich in beiden Bündnissen um einen fairen Ausgleich der Interessen bemühten.

Für uns Sozialdemokraten steht die politische und die psychologische Bedeutung des Abkommens im Vordergrund. An die Stelle von Furcht ist Hoffnung getreten. Erstmals haben sich die Weltmächte darauf verständigt, daß nicht die weitere Anhäufung von Waffen, sondern deren Abschaffung den Frieden sicherer macht. Und sie haben sich zugleich auf Verifizierungsverfahren verständigt, die in ihrer Dichte und Präzision bislang ohne Beispiel sind.

Das ist ein erster Schritt. Wir wollen und dürfen uns mit dem bisher Erreichten nicht zufriedengeben. Wir befürworten vielmehr die Fortsetzung des nuklearen Abrüstungsprozesses bei den Reichweiten unterhalb von 500 Kilometern. Ebenso drängen wir auf Erfolge bei den konventionellen Abrüstungsverhandlungen und auf eine weltweite Ächtung chemischer Waffen. Die Fortsetzung des nuklearen Abrüstungsprozesses darf aber nicht von Ergebnissen künftiger Verhandlungen über einen Abbau der konventionellen Potentiale in Europa abhängig gemacht werden, deren Beginn noch nicht einmal vereinbart worden ist.

Der Dialog und die Kooperation zwischen den USA und der Sowjetunion hat für uns Sozialdemokraten zentrale Bedeutung. Nur so lassen sich die Fortschritte beim notwendigen Interessenausgleich zwischen Ost und West herbeiführen, die wir Deutsche mehr noch als andere für die allmähliche Entschärfung und die schließliche Überwindung der unseren Kontinent teilenden Gegensätze benötigen. Nur so können auch die Grenzen zwischen den Bündnissen und den beiden deutschen Staaten durchlässiger werden. Kooperation ist inzwischen auch da möglich geworden, wo es bislang nur Konfrontation gab; so etwa bei dem Abkommen über den Abzug sowjetischer Truppen aus Afghanistan. Weitere Krisenregionen warten auf ähnliche Formen der Kooperation. Die Golfregion und der Nahe Osten zum Beispiel, aber auch das südliche Afrika.

IV.

Die SPD tritt seit langem für eine drastische Reduzierung der strategischen Atomwaffen ein. Wir hoffen, daß die START-Verhandlungen schon bald mit der Unterzeichnung eines Abkommens beendet werden können. Wir kennen die Schwierigkeiten, die noch immer hinsichtlich der Verifizierbarkeit eines solchen Abkommens bestehen. Wir kennen auch die Probleme, die sich aus militärischen Aktivitäten im Weltraum und ihrer Vereinbarkeit mit dem ABM-Vertrag ergeben. Aber wir glauben, daß sinnvolle Lösungen gefunden werden können. Das, was Präsident Reagan und Generalsekretär Gorbatschow bei ihrem ersten Gipfeltreffen im November 1985 vereinbart haben, sollte dafür Richtschnur sein, nämlich die Rüstung auf Erden zu beenden und sie am Himmel zu verhindern.

V.

Die SPD fordert - wie die Bundesregierung - den Abschluß eines Vertrages über die weltweite Beseitigung chemischer Waffen, möglichst noch in diesem Jahr. Wenn sich dieser Abschluß weiter hinausschiebt, bietet sich das von uns im Gespräch mit der DDR-Führung erarbeitete Konzept einer chemiewaffenfreien Zone in Europa als ein erster Schritt in diese Richtung an. In einer solchen Zone könnten auch die in Genf in Aussicht genommenen Kontrollverfahren erprobt werden. Wir werden jedenfalls dieses Konzept in unserem Bündnis immer wieder zur Diskussion stellen.

(wird fortgesetzt)

(-/13.5.1988/vo-he/rs)